



Wahl- und Regierungsprogramme der Parteien im Überblick

Vergleich mit den 13 gewerkschaftlichen Forderungen zur Landtagswahl 2013

(Klammern in Zahlen verweisen auf Seiten in den Programmen der Parteien)

DGB-Bezirk Niedersachsen Bremen Sachsen-Anhalt

Tina Kolbeck

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Otto-Brenner-Straße 7

30159 Hannover

Tel.: 0511-12601-32

DGB-Forderung	CDU	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	Die Linke
<p>1. Einsatz für die Einführung eines Mindestlohns von 8,50 €; zunächst Verabschiedung eines Landesmindestlohngesetzes</p>	<ul style="list-style-type: none"> - keine Forderung nach allgemeinem, flächendeckenden Mindestlohn - Einsatz auf Bundesebene für tariflich ausgehandelte, marktwirtschaftlich organisierte Lohnuntergrenze (12) - Kommission der Tarifpartner legt eine Lohnuntergrenze für die Branchen fest, in denen keine Tarifbindung besteht (12) 	<ul style="list-style-type: none"> - Einsatz auf Bundesebene für flächendeckende, gesetzliche Mindestlöhne (20) - Landesmindestlohngesetz: alle Beschäftigten des Landes und der Kommunen sowie alle Beschäftigten von eigenständigen juristischen Personen des öffentlichen oder privaten Rechts, die im Eigentum von Land oder Kommunen stehen, erhalten einen Mindestlohn von 8,50 Euro (19) 	<ul style="list-style-type: none"> - keine Forderung nach Mindestlohn, da dieser die Chancen für junge und gering qualifizierte Arbeitssuchende gefährdet (4) - „Bürgergeldmodell“ vorantreiben (4) 	<ul style="list-style-type: none"> - Einsatz auf Bundesebene für die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns von 8,50 € (44) - Landesmindestlohngesetz nach Bremer Vorbild: öffentliche und staatlich geförderte Arbeitgeber müssen mindestens 8,50 Euro pro Stunde an ihre Beschäftigten zahlen (41) 	<ul style="list-style-type: none"> - Einsatz auf Bundesebene für einen flächendeckenden Mindestlohn in Höhe von 10 Euro (14)

DGB-Forderung	CDU	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	Die Linke
<p>2. Verpflichtende Tarife-löhne bei der Vergabe öffentlicher Aufträge; Verhinderung von Lohn- und Sozialdumping durch ein wirksames Tariftreuegesetz</p>	<ul style="list-style-type: none"> - grundsätzliche Stärkung der Tarifautonomie und der der Tarifbindung in einzelnen Branchen (11) - bei der Vergabe öffentlicher Aufträge soll die Einhaltung von Sozial- und tariflichen Standards (wie z.B. die Tarifbindung oder die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen) stärker berücksichtigt werden (12) 	<ul style="list-style-type: none"> - Vergabe öffentlicher Aufträge von Land und Kommunen an Regeln von „Gute Arbeit“ binden (faire Löhne und Arbeitsbedingungen, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Beendigung von Lohndumping durch Leiharbeit, stabile statt befristete Beschäftigungsverhältnisse, Recht auf Weiterbildung, Stärkung von Mitbestimmung) (19/20) - Senkung des gesetzlichen Auftragswerts von 30.000 € auf 10.000 €; Tarifbindung für alle Branchen, in denen gesetzliche Mindestlöhne nach dem Arbeitnehmerentsendegesetz gelten; Firmen, die unter der Entgeltgrenze von derzeit 8,50 € entlohnen werden vom Vergabeverfahren ausgeschlossen (20) 	<ul style="list-style-type: none"> - Keine Erwähnung 	<ul style="list-style-type: none"> - Bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen den Einsatz von auskömmlicher, sozialversicherungspflichtiger Voll- und Teilzeitarbeit stärker berücksichtigen und effektive Gleichstellungspolitik praktizieren (46) - Landesvergabegesetz grundsätzlich überarbeiten, um Lohndumping zu bekämpfen: auf ÖPNV und Dienstleistungen ausweiten, Schwellenwerte absenken, Rechtsschutz für Anbieter verbessern (46) 	<ul style="list-style-type: none"> - Landesaufträge dürfen nur an Firmen vergeben werden, die zumindest einen Mindestlohn von 10,00 € zahlen (12) - Das Landesvergabegesetz ab einem Volumen von 10.000 Euro anwenden (12) - Unternehmen, die einen öffentlichen Auftrag erhalten, müssen darlegen, wie sie die Chancengleichheit von Frauen und Männern im Beruf fördern. (12)

DGB-Forderung	CDU	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	Die Linke
<p>3. Einhaltung von sozialen Standards, Tarifverträgen und Leiharbeitsquoten bei öffentlicher Wirtschaftsförderung</p>	<p>- Dass Branchen, deren Tarifbindung gering ist, von öffentlicher Förderung profitieren, ist nicht akzeptabel. Gespräche mit Tarifpartnern führen mit Ziel Maßnahmen zur Stärkung der Tarifpartnerschaft zu entwickeln (11);</p> <p>- bei der Ausgestaltung der zukünftigen Wirtschaftsförderung soll die Einhaltung von Sozial- und tariflichen Standards (wie z.B. die Tarifbindung oder die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen) stärker berücksichtigt werden (11/12)</p>	<p>- Auch bei der Wirtschaftsförderung gilt der Grundsatz „Gute Arbeit“ (s.o.); es werden nur noch Unternehmen berücksichtigt, die diese Kriterien einhalten (20)</p> <p>- EU-Mittel zur Wirtschaftsförderung in strukturschwachen Gebieten sollen für neue sozialversicherungspflichtige Dauerarbeitsplätze eingesetzt werden (20)</p>	<p>- Keine Erwähnung</p>	<p>- öffentliche Förderung in allen Bereichen an Einhaltung von Sozialstandards wie Tarifentlohnung und die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen binden (41)</p> <p>- Mit dem Green New Deal statt alter Wirtschaftsförderung durch eine gezielte Förderung von Zukunftsbranchen (Umwelt, Energie, Demografie) vorhandene Arbeitsplätze sichern und neue schaffen (40)</p>	<p>- Verbindlicher Kriterienkatalog als Bedingung für den Erhalt von Landesmitteln (Mindestlöhne, Tarifbindung, betriebliche Mitbestimmung) (13)</p> <p>- Insbesondere bei Firmen, an denen das Land beteiligt ist, z.B. VW, Umwandlung von Werkvertrags- und Leiharbeitsverträgen in unbefristete Arbeitsverhältnisse (13)</p> <p>- Öffentliche Wirtschaftsförderung auf kleine und mittlere Unternehmen konzentrieren (13)</p> <p>- Wirtschaftsfördermittel müssen von tarifgerechter Arbeitsplatzsicherung abhängig gemacht werden und bei Missachtung zurückgezahlt werden (13)</p>

DGB-Forderung	CDU	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	Die Linke
<p>4. Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors mit guten Arbeitsbedingungen, um Langzeitarbeitslose (wieder) in den Arbeitsmarkt zu integrieren</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Prüfung von Perspektiven für Langzeitarbeitslose im gemeinnützigen Sektor, z.B. gemeinnützige, zusätzliche, sozialversicherungspflichtige Arbeit in einem Modellkommunen-Projekt; - Verweis auf Absicht, in der Förderperiode 2014/2020 passgenaue Programme zur beruflichen Integration und Aktivierung von Langzeitarbeitslosen aufzulegen (11) 	<ul style="list-style-type: none"> - Modellprojekte des Landes sollen arbeitsmarktfernen Langzeitarbeitslosen Beschäftigungschancen in einem öffentlich geförderten Sektor des Arbeitsmarktes ermöglichen (20) 	<ul style="list-style-type: none"> - Keine Erwähnung, lediglich Verweis auf weitere Deregulierung auf dem Arbeitsmarkt (4) 	<ul style="list-style-type: none"> - Einsatz für einen öffentlich geförderten und regional gegliederten Beschäftigungssektor mit Mitteln der Jobcenter, der EU, des Landes und der Unternehmen; Aufbau einer unabhängigen Beratungsstruktur für Erwerbslose (99) 	<ul style="list-style-type: none"> -Aufbau eines eigenen Öffentlichen Beschäftigungssektors mit Tariflohn und Sozialversicherungspflicht, um Langzeitarbeitslose wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren (11) - Gesetz für die Errichtung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors (13)

DGB-Forderung	CDU	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	Die Linke
<p>5. Gute Arbeitsbedingungen im Öffentlichen Dienst schaffen (ausreichende und nachhaltige Personalausstattung, mehr Mitbestimmung, modernes Dienstrecht) Wiedereinführung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Zurücknahme der Pension mit 67</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Bürokratieabbau und mehr Service in der öffentlichen Verwaltung (53-55) - Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf (z.B. durch Teilzeit und Heimarbeit) (55) - Qualifizierungsoffensive für MitarbeiterInnen in der öffentlichen Verwaltung (55) - Wertigkeit der Stellen allgemein erhöhen (55) - mehr Beschäftigte bei mehr Komplexität der Aufgaben; Garantie eines Einstellungskorridors (55) - Erhaltung der Leistungsfähigkeit und Gesundheit durch berufsbegleitende Projekte (55) - keine Aussagen zu Pension mit 67, Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld 	<ul style="list-style-type: none"> - Land als Arbeitgeber braucht eine bedarfsgerechte Personalausstattung, um die Aufgabensachgerecht wahrzunehmen und gute Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger zu erbringen (20) - Pauschale Stellen- und Ausgabenkürzungen sowie Verwaltungsreformen ohne vernünftige Aufgabenkritik führen zu schlechteren Dienstleistungen und zur Arbeitsverdichtung (20) - gute und attraktive Arbeitsbedingungen für Beschäftigte schaffen, damit Land auch vor Hintergrund Fachkräftemangels wettbewerbsfähig bleibt (20) - Veränderungsprozesse mit den Beschäftigten, nicht gegen sie (21) - keine Aussagen zu Pension mit 67, Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld 	<ul style="list-style-type: none"> - Einführung eines Pensionsfonds für die Beamtinnen und Beamten nach Abbau der Neuerschulung, um die zukünftigen Verpflichtungen des Landes heute schon im Budget zu berücksichtigen (12) - Bürokratieabbau in der öffentlichen Verwaltung (46) - Im Rahmen von Mitarbeitergesprächen sollen Zielvereinbarungen getroffen und Prämien angeboten werden, um eine Effizienzsteigerung zu bewirken (47) - Weiterentwicklung der Jobbörse (48) - keine Aussagen zu Pension mit 67, Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld 	<ul style="list-style-type: none"> - Niedersächsisches Personalvertretungsgesetz modernisieren, um die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu verbessern (47) - anonymisierte Bewerbungen (47) - keine Aussagen zu Pension mit 67, Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld 	<ul style="list-style-type: none"> - Spürbarer Ausbau der Stellen im Öffentlichen Dienst (11) - Neueinstellungen vor allem in den Bereichen Bildung, Soziales und Kultur; Unbefristete Übernahme von Auszubildenden nach bestandener Prüfung als Regelfall (13) - Land als Vorbild für Arbeitszeitverkürzung: zunächst 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich; perspektivisch 30-Stunden-Woche (12) - Wiedereinführung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld (8) - Nein zur Rente mit 67 – auch im öffentlichen Dienst (22)

DGB-Forderung	CDU	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	Die Linke
<p>6. Steuerpolitik muss öffentliche Einnahmen stärken und Wohlstand umverteilen; höhere Besteuerung von Unternehmensgewinnen, hohem Einkommen, großen Vermögen und Erbschaften; Finanztransaktionssteuer;</p> <p>Ablehnung Schuldenbremse</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Durch Ausgabendisziplin, Aufgabenkritik und eine konsequente Fortsetzung wachstumsorientierter Wirtschaftspolitik sind die Einnahmen und Ausgaben des Landes ins Gleichgewicht zu bringen (4) - Ziel ist es, einen Haushalt ohne neue Schulden durch klare landesverfassungsrechtliche Regeln bereits ab 2017 zu erreichen (4) - Alle neuen Ausgaben stehen unter Vorbehalt (4) - Senkung der Rentenversicherungsbeiträge; Rückführung der überdurchschnittlichen steuerlichen Belastung mittlerer Einkommen (sog. Kalte Progression) (5) 	<ul style="list-style-type: none"> - Einsatz für mehr Steuergerechtigkeit auf Bundesebene; Erhöhung des individuellen Spitzensteuersatzes; Rücknahme von Steuerergünstigungen für Konzerne, Erben und Hoteliers; Erbschaftssteuer für große Vermögen (5) - parteiübergreifende Konsenssuche und konkrete Verabredungen zur Umsetzung der Schuldenbremse (5) - Verantwortungsvolle Planung der Schuldenbremse: Analyse Haushaltslage; Prioritäten bei Ausgaben; bedarfsgerechte Ausstattung Finanzverwaltung (45) - Initiative zur Einführung einer Vermögenssteuer und Erhöhung des Spitzensteuersatzes (45) 	<ul style="list-style-type: none"> - Verankerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung sowie Einsatz auf Bundesebene für automatische Sanktionen gegen Schuldenländer (12) - Verzicht auf Neuverschuldung bis 2016, danach Schuldenabbau von 350 Mio. € jährlich (12) - Überprüfung und Reduzierung öffentlicher Ausgaben (12) 	<ul style="list-style-type: none"> - Einnahmen sichern, Steuerbetrug bekämpfen: stärkerer Beitrag leistungsstarker Haushalte und Unternehmen: mehr Steuerprüfer einsetzen, höhere Besteuerung von Vermögen und Erbschaften, höherer Spitzensteuersatz bei Einkommen, Abschaffung Ehegatten-Splitting; Abbau von unbegründeten Vergünstigungen und Einführung ökologisch steuernder Gebühren (169-171) - Umsetzung der Schuldenbremse und damit Schluss mit immer neuen Schulden zu Lasten künftiger Generationen und der langfristigen Handlungsfähigkeit des Landes (166) - Strikte Überprüfung aller Landesausgaben auf ihre Erforderlichkeit; Einsparungen bei nicht notwendigen und ökologisch schädlichen Ausgaben; (166) 	<ul style="list-style-type: none"> - Direkte Bezugnahme auf die DGB-Forderungen (33) - Bundesratsinitiativen zur Wiedererhebung der Vermögenssteuer, der Einführung einer Börsenumsatzsteuer und zur Erhebung erhöhter Großerben- und Körperschaftssteuern, Einführung Waffenbesitzsteuer (33) - Ausbau der Steuerverwaltung (33) - Ablehnung der Aufnahme des Kreditverbots (Schuldenbremse) in die Landesverfassung; Normenkontrollklage vor dem BVerfG gegen das Kreditverbot der Länder (33)

DGB-Forderung	CDU	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	Die Linke
<p>7. Vorreiterrolle Niedersachsens bei der Förderung Erneuerbarer Energien; Aufbau dezentraler Strukturen; ergebnisoffene Suche nach einem Atom-Endlager</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Endenergieverbrauch in Niedersachsen bis zum Jahr 2020 zu mindestens 25 Prozent durch erneuerbare Energien decken (17) - Repowering von Windenergieanlagen; Auf- und Ausbau der Offshore-Windenergie (19f.) - Unterstützung der Forschung und Entwicklung im Bioenergie-Sektor (20) - Ausbau der Strom-Übertragungsnetze (23) - Ergebnisoffene bundesweite Suche nach alternativen Endlageroptionen in geeigneten geologischen Formationen (23) - Schnellstmögliche Räumung der Asse; Bundesamt für Strahlenschutz als jetzige Betreiber der Anlage muss so schnell wie möglich ein Rückholungskonzept mit konkreter Zeitplanung vorlegen (23) 	<ul style="list-style-type: none"> - „Bündnis für Energie“ mit Sozialpartnern (Gewerkschaften, Arbeitgeber), Energie-, Landwirtschafts- und Umweltverbänden, Kommunen und Energieversorgern schaffen, um einen möglichst breiten Konsens für die erforderlichen Projekte der Energiewende zu erzielen (57) - Gemeinsam mit Kommunen, Energiewirtschaft und Fachverbänden erarbeitete Gesamtstrategie für die Energiewende in Niedersachsen vorlegen, die verbindliche Ziele und konkreten Maßnahmen bis 2020 sowie eine Zielplanung bis ins Jahr 2050 enthält (57) - Stufenplan zur Sanierung landeseigener Gebäude (58) - „Repowering“ bestehender Onshore-Windanlagen sowie Ausbau der Offsho- 	<ul style="list-style-type: none"> - Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit dürfen nicht vernachlässigt werden; grundsätzliche Technologieoffenheit und Vermeidung von Förderung ineffizienter Lösungen (14) - Mix aus regenerativen und konventionellen Energieträgern; weitere Erforschung von Speichertechnologien; Errichtung moderner, konventioneller Kraftwerke (14) - Ausbau der Netzinfrastruktur; regional geprägte Energiegewinnungskonzepte und regionale Beteiligungsmodelle / Genossenschaften (15) - Überarbeitung derzeitiger Instrumente zur Förderung Erneuerbarer Energien hin zu mehr Marktwirtschaft, Effizienz- und Kostenorientierung; Erstellung von Langzeitstudien über deren Auswirkungen (16) 	<ul style="list-style-type: none"> - Durch verstärkte Förderung von Energieeinsparmaßnahmen (54) und den beschleunigten Ausbau der regenerativen Energieerzeugung bis 2020 mehr Strom aus Erneuerbaren Energien erzeugen, als Strom insgesamt in Niedersachsen verbraucht wird (52) - Mehr Re-Power für die Windenergie; mehr Onshore- und Offshore-Windkraftanlagen (56) - Ausbau von Sonnenergie (57) - Bioenergie richtig machen; Vermaisung stoppen (58) - Intelligente Netze und Speicher (59) - Schnellstmögliche Rückholung des Atommülls in der Asse (62) - Endlagerprojekt Gorleben so schnell wie möglich beenden (63) 	<ul style="list-style-type: none"> - Intensive Förderung und soziale Ausgestaltung der dezentralen Energiewende, um große Stromtrassen zu reduzieren (65f.) - Gute Arbeit und gute Energie gehören zusammen; volle Einhaltung gewerkschaftlicher Rechte und Tariftreue bei den Energiefirmen – andernfalls sind sie von öffentlichen Aufträgen auszuschließen (65) - Ein Repowering-Gesetz muss die Nutzung von Onshore-Windkraftanlagen erleichtern; vorrangige Nutzung gegenüber Offshore-Parks (66) - Bundesratsinitiative zur Erhaltung der Solar-Förderung im EEG (66) - Stromversorgungsnetze gehören in öffentliche Kontrolle, am besten in die Hand kommunaler Versorgungsverbände (65)

		<p>re-Windkraft (61)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Ergebnisoffene und bundesweite Suche nach geeigneten atomaren Endlagerstandorten; sofortiger Bau- und Erkundungsstopp in Gorleben (60) - Asse unter der Nutzung des Bundesamtes für Strahlenschutz schnellstmöglich sichern und von Atomabfällen befreien (60) - Neubewertung der Einlagerungssituation von Schacht Konrad , Ziel der sicheren Rückholbarkeit der eingelagerten Stoffe (60) 	<ul style="list-style-type: none"> - Repowering älterer Windkraftanlagen, wo dies möglich ist; forcierter Ausbau der Windenergie auf See (16) - Ergebnisoffene, bundesweite Suche nach einem Lager für hochradioaktive Abfälle unter Einbeziehung von Gorleben (19) - Die Rückholung der in Asse II gelagerten Abfälle nicht von finanziellen Erwägungen abhängig machen (19) 	<ul style="list-style-type: none"> - Völliger Neustart bei der Endlagersuche; keine neuen Fakten im Schacht Konrad schaffen (64) - Sicherheitstechnische Nachrüstung der verbliebenen Atomkraftwerke und -anlagen; schnelleres Abschalten (52) 	<ul style="list-style-type: none"> - Aufgabe des geologisch untauglichen Endlagers Gorleben; Endlager Konrad darf nicht in Betrieb gehen (63) - Der radioaktive Müll in der Asse muss unverzüglich und vollständig zurückgeholt werden (63)
--	--	--	--	--	---

DGB-Forderung	CDU	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	Die Linke
<p>8. Männer und Frauen wollen eine geschlechtergerechte Arbeitswelt und eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben; Einsatz für ein Gleichstellungsgesetz in der Privatwirtschaft und die Einführung von Frauenquoten in Führungspositionen</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Beteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt erhöhen , u.a. durch flexible Arbeitszeitmodelle oder Ausbau von Kinderbetreuung (63) - Aktionsplan „Familienfreundliche Unternehmen“ (66) - Aufstiegschancen von Frauen verbessern; Frauenanteil der vom Land beeinflussbaren Positionen in den Aufsichtsräten der Unternehmen, bei denen das Land Anteilseigner ist, stufenweise auf 40 Prozent erhöhen; mittelfristig wird eine paritätische Besetzung der genannten Aufsichtsräte mit Frauen und Männern angestrebt (63) 	<ul style="list-style-type: none"> - Chancengleichheit für Frauen und Männer auf dem Arbeitsmarkt; gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit (31) - bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf, z. B. durch einen Rechtsanspruch auf Pflegezeiten und Ausgleichszahlungen (32) - Modernisierung des Niedersächsischen Gleichbehandlungsgesetzes; Geltungsbereich erweitern (32) - Gezielte Förderung von Mädchen für zukunftsträchtige Berufe (32) - Führungspositionen in Unternehmen und Verwaltung zu gleichen Teilen für Frauen und Männer (32) - Paritätische Besetzung der Minister- und StaatssekretärInnen-Positionen (32) - Führungspositionen in der 	<ul style="list-style-type: none"> - Keine Erwähnung gesonderter Maßnahmen zur Frauenförderung oder zu Quotierungsmechanismen - Verweis auf eine Politik der fairen Chancen für beide Geschlechter sowie eine moderne Frauen- und Familienpolitik, die sich nicht mehr ausschließlich um Frauen kümmert, sondern auch Männer aktiv mit einbezieht (34) 	<ul style="list-style-type: none"> - bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch verlässliche Betreuungsinfrastruktur; familiengerechte und flexible Arbeitszeitmodelle (111-113) - Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit von Frauen und Männern (128) - Parlamentarische Initiative zur paritätischen Besetzung aller Listen für kommunale Vertretungen und den Landtag (129) - Quote der weiblichen Führungskräfte im öffentlichen Dienst erhöhen; in landeseigenen Unternehmen die Aufsichts- und Verwaltungsräte schrittweise paritätisch besetzen (129) - Bundesratsinitiative Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft und schrittweise Einführung einer Frauenquote von 50 Prozent für Aufsichtsräte 	<ul style="list-style-type: none"> - Überarbeitung des nieders. Gleichstellungsgesetzes – es muss dabei bleiben, dass Frauen bei gleicher Eignung bevorzugt werden (25) - Wiedereinrichtung des Frauenministeriums (26) - Änderung des Vergaberechts (s.o.) - Bundesratsinitiative für ein Gleichstellungsgesetz in der Privatwirtschaft, da Selbstverpflichtungen keine nennenswerten Veränderungen gebracht haben (26)

		Landesverwaltung sowie Aufsichtsratsmandate in Unternehmen mit Landesbeteiligungen vorbildhaft geschlechtergerecht besetzen (32)		und Vorstände von börsennotierten Unternehmen (129)	
--	--	--	--	---	--

DGB-Forderung	CDU	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	Die Linke
<p>9. Innere Sicherheit muss Priorität in Niedersachsen haben; gute Jugend-, Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik als Basis; neben der Polizei sind insbesondere Kommunen für das Sicherheitsgefühl der BürgerInnen verantwortlich; Stärkung der Netzwerke aus Verbänden, Vereinen und Verwaltung zur verbesserten Kriminalprävention</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Intensive Präventionsarbeit (48) - Bündelung von Fachkompetenz in der Polizei (49) - Gezielte Nachwuchswerbung und vielfältige Qualifikationsmöglichkeiten; Stellenhebungsprogramm wird konsequent fortgeführt (49) - Intensivierung der „Innovationsoffensive Polizei 2015“ (50) 	<ul style="list-style-type: none"> - Selbständigkeit der Polizei vor Ort stärken, um Kriminalität bürgernah und lokal angepasst zu bekämpfen (48) - Entwicklungschancen im Polizeidienst gerechter gestalten und Aufstiegschancen verbessern; dazu gehört die Rücknahme des sogenannten „A 11-Erlasses“ (48) - mit Gewerkschaften und Berufsvertretungen anonymisierte Kennzeichnungspflicht Polizeibeamter prüfen (48) - Fortentwicklung der Polizei zu Bürgerpolizei (48) 	<ul style="list-style-type: none"> - Stärkung und Unterstützung örtlicher Kriminalpräventionsräte sowie des Landespräventionsrates (43) - Kooperation von Justiz, Polizei, Sozial- und Jugendämtern sowie Schulen (43) - Verstärkte Aufnahme von Bewerbern mit Migrationshintergrund in den Polizei- und Justizdienst (43) - Ablehnung von Vorratsdatenspeicherung und Bürgerstreifen (43) - Personelle Stärkung der Strafverfolgungsbehörden, insbesondere der Staatsanwaltschaften (44) 	<ul style="list-style-type: none"> - Einsatz für eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Justiz, damit sie ihre Aufgaben unabhängig und bürgernah wahrnehmen kann (143) - mehr Frauen und MigrantInnen in den Polizeidienst (147) - Polizeigesetz reformieren: u.a. Kennzeichnungspflicht, unabhängige Beschwerdestelle einrichten (147/148) 	<ul style="list-style-type: none"> - Kennzeichnungspflicht für beamtInnen (46) - Stellenerhebungsprogramm bei der Polizei und verdoppelung der Erschwerniszulage; Anhebung von 1500 Stellen von A9 auf A10 (46)

DGB-Forderung	CDU	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	Die Linke
<p>10. Ausbau und Verbesserung der Betreuung in Krippen und Kitas; Abschaffung der Kita-Gebühren</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Bis zum Sommer 2013 sollen mit Mitteln des Bundes und des Landes rund 40.000 neue Betreuungsplätze in Krippen und der Tagespflege gefördert werden. (34) - Bis 2014 wird ein Versorgungsgrad von durchschnittlich 40 Prozent angestrebt (34) - Verdreifachung der Zahl der Betriebskindergärten (34) - Rahmenbedingungen im Kitabereich weiter verbessern, Weiterbildung professionalisieren, Werbung für Beruf ErzieherIn (35/36) - keine Aussage zu Gebühren 	<ul style="list-style-type: none"> - Ausbau von Krippen am tatsächlichen Bedarf orientieren (9) - Konzept zur Aus- und Weiterbildung von Erzieherinnen und Erziehern vorlegen (9) - Personalschlüssel in Krippen verbessern: max. 5 Kinder pro ErzieherIn (9) - Kita-Gruppengrößen für Kinder von drei bis sechs Jahren reduzieren (9) - Zusammenarbeit zwischen Kita und Grundschule stärken (10) - Inklusion auch in frühkindlicher Bildung umsetzen (10) - keine Aussage zu Gebühren 	<ul style="list-style-type: none"> - Bundesmittel für Betreuungsgeld für Ausbau von Krippen und Betreuungsplätzen heranziehen (26) - Intensivierung des Ausbaus von Bildungs- und Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren ; Ausbau Tagespflege/Tagesmütter (26) - Bereitstellung zusätzlicher Investitionsmittel, bis Bedarf an Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren gedeckt (26) - Gleichstellung von Betriebskindergärten und privaten Trägern mit öffentlichen und freien Trägern bei der Investitions- und Betriebskostenförderung (26) - Langfristig beitragsfreie Bereitstellung des Kindergarten-Besuchs (27) - Qualität der Betreuung verbessern; Erzieherausbildung verbessern (27) 	<ul style="list-style-type: none"> - Qualitativer und quantitativer Ausbau von Krippen-, Kindergarten- und Hortplätzen (11) - Bessere Ausbildung, Fortbildung, Arbeitsbedingungen für ErzieherInnen (11) - Personalschlüssel dahingehend ändern, dass für fünf Kinder einE ErzieherIn zur Verfügung steht (12) - keine Aussage zu Gebühren 	<ul style="list-style-type: none"> - Sofortige Einlösung des Rechtsanspruchs auf einen Krippenplatz (36) - Ausbau der Ganztagsbetreuung in Krippen und Kindergärten (36) - Förderung des Ausbaus inklusiver Kitas (36) - Beitragsfreiheit für alle Krippen und Kindergärten sowie ein gemeinsames, kostenfreies und gesundes Mittagessen (36) - Kita-Gruppengrößen: Maximal vier Kinder im Alter bis drei Jahre pro ErzieherIn; maximal acht Kinder im Alter bis sechs Jahre pro ErzieherIn (37)

DGB-Forderung	CDU	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	Die Linke
<p>11. Gemeinsames Lernen für alle bis Klasse 10; Gesamtschulen müssen ohne Wenn und Aber zugelassen werden; Ganztagschulen ausbauen und mit dem erforderlichen Fachpersonal ausstatten</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Gymnasien nicht schwächen, Gesamtschulen als Ergänzung des Angebots (34) - Bis 2020 möglichst alle Schulformen in Niedersachsen freiwillig zu teilgebundenen Ganztagschulen ausbauen (36) 	<ul style="list-style-type: none"> - Errichtung von Gesamtschulen am Elternwillen ausrichten (8) - Benachteiligung von Integrierten Gesamtschulen rückgängig machen (11) - Abitur nach neun Jahren an Gesamtschulen wieder einführen (11) - Fünfüzigkeit als Voraussetzung für Gesamtschulen abschaffen; stattdessen Vier-, in Ausnahmefällen auch Dreizügigkeit zulassen (11) - kooperativen Gesamtschulen die Möglichkeit zur Weiterentwicklung und zur schulzweigübergreifenden Arbeit geben (11) - Möglichkeit des Abiturs nach acht Jahren an Gymnasien bleibt bestehen (11) - Alle Integrierten Gesamtschulen und vorrangig auch die Grundschulen zu echten, gebundenen Ganztagschulen ausbauen (11) 	<ul style="list-style-type: none"> - Einsatz für den Erhalt der Gymnasien; Eltern und Schüler entscheiden auf der Grundlage eines fairen Wettbewerbs zwischen den Schulformen, welches die richtige Schule für sie ist (23) - Ausbau der Ganztagschulen soll mit Nachdruck vorangebracht werden; die notwendigen finanziellen und personellen Mittel sollen bereitgestellt werden (23) - Wenn Eltern, SchülerInnen sowie Lehrkräfte dies wollen, dann soll die Einführung einer gebundenen Ganztagschule möglich sein (24) - Wahlmöglichkeit zwischen Ganztagschule und beitragspflichtiger Hortbetreuung (24) 	<ul style="list-style-type: none"> - Qualitativ hochwertige Ganztagschulen für alle und längeres gemeinsames Lernen (18) - Alternativen zum Turbo-Abitur schaffen (22) -- Hürden für die Gründung von Gesamtschulen abbauen; Elternwillen ernst nehmen und unterstützen (20) 	<ul style="list-style-type: none"> - Perspektive ist die IGS für alle Kinder mindestens bis Klasse 10; wenn es vor Ort gewollt ist, kann die IGS alle anderen Schulformen ersetzen (38) - Das Abitur nach 13 Jahren muss an Gymnasien und Gesamtschulen wieder gelten (38) - Alle Schulen werden zu gebundenen Ganztagschulen mit verpflichtendem Angebot und vollwertigem, kostenlosen Mittagessen (38) - Weg mit dem Zentralabitur (38)

DGB-Forderung	CDU	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	Die Linke
<p>12. Übergang zwischen Schule und Beruf muss reformiert werden; Ausbildungsgarantie für alle jungen Menschen</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Vorrang der dualen Ausbildung vor Warteschleifen (40) - Sicherstellen, dass betriebs- bzw. wohnortnaher Unterricht auch bei einer geringeren Zahl von Auszubildenden stattfinden kann (40) - keine Aussage zu Ausbildungsgarantie 	<ul style="list-style-type: none"> - Bekenntnis zum Prinzip der dualen Berufsausbildung (14) - Ausbildungsgarantie für alle; regionales Übergangsmanagement entwickeln (14) - Spätestens ab Klasse 8 intensivere Berufsorientierung an allen Schulformen (14) - flächendeckende Angebote zur Unterstützung benachteiligter Jugendlicher (14) - Schulabgänger ohne Lehrstelle Möglichkeit bieten, in einer Berufsfachschule ein erstes Ausbildungsjahr zu absolvieren; anschließend in Absprache mit Ausbildungsbetrieben direkter Einstieg in zweites Lehrjahr(14) - schulgeldfreie Erstausbildung wird angestrebt (14) 	<ul style="list-style-type: none"> - Die Organisation der Berufsausbildung in Form eines Baukastensystems soll es ermöglichen, dass auch kleinere Unternehmen Berufsausbildung anbieten. Darüber hinaus können auch weniger leistungsstarke Jugendliche durch das Baukastensystem berufliche Qualifizierung erwerben (25) - So weit wie möglich soll eine ausbildungsnaher Beschulung gewährleistet werden, um auch Ausbildungsplätze in kleineren Betrieben zu erhalten (25) - keine Aussage zu Ausbildungsgarantie 	<ul style="list-style-type: none"> - duale Berufsausbildung stärken (29) - mehr Unterstützung beim Übergang von der Schule in die duale Ausbildung statt teurer Warteschleifen (29) - Übergangssysteme in Anlehnung an das „Hamburger Modell“ ab- und umbauen (30) - Qualität der beruflichen Bildung trotz demografischen Wandels erhalten (29) 	<ul style="list-style-type: none"> - Per Gesetz werden alle Betriebe mit mehr als zehn Beschäftigten verpflichtet, Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen (40) - Unternehmen, die nicht ausbilden, sollen eine Ausbildungsabgabe zahlen, mit der ausbildungswillige Kleinbetriebe gefördert werden (40) - Bundesratsinitiative zur Gewährleistung einer Übernahme in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis bei erfolgreich abgeschlossener Berufsausbildung (40)-- - wer keinen Ausbildungsplatz bekommt, erhält ein Angebot für eine vollzeitschulische oder außerbetriebliche Ausbildung (40)

DGB-Forderung	CDU	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	Die Linke
<p>13. - Schulgeld in der Altenpflegeausbildung durch eine Umlagefinanzierung ersetzen; - Studiengebühren abschaffen; - Öffnung von Hochschulen für Studierende ohne klassischen Hochschulzugang nachhaltig fördern</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Einsatz auf Bundesebene für die Vereinheitlichung und Zusammenführung der Ausbildung in der Alten- und Krankenpflege; Fortsetzung der höheren Schulgeldförderung für alle Altenpflegeschüler (67/68) - Sozialverträgliche Studienbeiträge auf heutigem Niveau erhalten; Verstärkung studentischer Mitbestimmung bei der Verwendung der Gelder (46) - Attraktivitätssteigerung bei Studiendarlehen sowie Ausbau des staatlichen und privaten Stipendienwesens (46/47) - Hochschulen sollen das Konzept der Offenen Hochschule weiterentwickeln und sich noch stärker für entsprechend Qualifizierte öffnen (43) 	<ul style="list-style-type: none"> - Altenpflegeausbildung durch Umlagen zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Einrichtungen mitfinanzieren; Grundausbildung in der Alten-, Kranken- und Gesundheitspflege zusammenführen; Schulgeldfreiheit für die Schüler der Altenpflege gesetzlich absichern (40) - Studiengebühren spätestens 2014/2015 abschaffen, damit kein junger Mensch aus finanziellen Gründen vom Studium ausgeschlossen bleibt; finanzieller Ausfall für die Hochschulen wird zweckgebunden zur Verbesserung der Lehre ausgeglichen (12) - Hochschulen stärker für beruflich Qualifizierte und für Weiterbildung öffnen (12) 	<ul style="list-style-type: none"> - Keine Erwähnung der Altenpflegeausbildung - Studiengebühren dynamisch weiterentwickeln; jede Hochschule soll individuell und eigenständig je nach Studienfach bis zu einer bestimmten Höchstgrenze entscheiden; Hochschulen entscheiden gemeinsam mit den Studierenden über die Verwendung der Studienbeiträge; Hochschulen sollen die Verwendung der Studienbeiträge transparent darstellen (30) - Offene Hochschule soll niedersachsenweit ausgebaut und angeboten werden (25) 	<ul style="list-style-type: none"> - Ausbildungsplatz-Umlage für die Altenpflegeausbildung (122) - Studiengebühren abschaffen; Studienfinanzierung reformieren (31) - Offene Hochschule umsetzen: mehr Menschen mit Fachschulabschlüssen oder Abschlüssen aus dem dualen System ohne Abitur an die Hochschulen; Unterstützungsangebote sollen in enger Kooperation zwischen den Hochschulen und den Einrichtungen für Erwachsenenbildung entwickelt werden (33) 	<ul style="list-style-type: none"> - Ausbildungsniveau Altenpflege auf Niveau Krankenpflege anheben; um Bedarf an Pflegefachkräften zu decken, Anzahl der Ausbildungsplätze erhöhen (17) - Abschaffung aller Studiengebühren, auch Verwaltungskosten- und Langzeitstudiengebühren, spätestens zum Sommersemester 2013 (41) - Verbreiterung des Hochschulzugangs; besonderen Bedürfnissen der Studieninteressierten mit beruflicher Ausbildung z.B. durch Brückenkurse Rechnung tragen (41) - Verbesserung Durchlässigkeit berufliche und akademische Ausbildung durch Anrechnungsmechanismen, spezielle Studienfinanzierung und Vorbereitungs- und Einstiegsprogramme (36)

